

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner  
Ehrenvorsitzende:  
Gerhard Finn, Horst Schüler  
Stellv. Vorsitzende:  
Roland Lange  
Ernst – O. Schönemann

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ruschestraße 103, Haus 1  
D-10365 Berlin  
Tel: (030) 55779351  
Fax: (030) 55779340

**Geschäftszeiten:**  
**Montag bis Freitag**  
10.00 - 18.00 Uhr

## Presseerklärung

7. Juli 2013

### **UOKG-Bundesvorsitzender Rainer Wagner zu den Vorstandswahlen im November: „Keine Kandidatur zur Wiederwahl ohne Aussicht auf Förderung einer Geschäftsführung“**

Beim gestrigen Verbändetreffen der UOKG hat Rainer Wagner, Bundesvorsitzender des Dachverbands der Kommunismus-Opfer erklärt, dass er für sich keine Zukunft als Bundesvorsitzender sieht, sofern die UOKG nicht die Mittel für einen Geschäftsführer zur Verfügung gestellt bekommt. Er kündigte an, in diesem Falle nicht für eine Wiederwahl im November zu kandidieren.

Seine Entscheidung begründet Wagner wie folgt:

„Aufgrund der kontinuierlich gestiegenen Bedeutung des Opferdachverbands und der damit in gleicher Weise gestiegenen Verantwortung des Bundesvorsitzenden, wäre es verantwortungslos, die Aufgaben des Bundesvorsitzenden in der bisherigen Form weiterzuführen.“

Die UOKG ist ein Verband mit inzwischen 15 zumeist durch Projektförderung finanzierten Mitarbeitern. Es grenzt an Wahnsinn, diese persönliche und auch finanzielle Verantwortung ganz alleine und rein ehrenamtlich zu tragen.

Die UOKG braucht einen Geschäftsführer, der den Bundesvorsitzenden bei seinen Representationsaufgaben und in der Leitung des Dachverbandes unterstützt und diesem zuarbeitet. Ansonsten kann der Dachverband mittelfristig dieser Form nicht weiterexistieren. Unter den jetzigen Bedingungen wird sich auch kaum eine geeignete Person finden, welche die bereit ist, die Nachfolge in der Leitung des Dachverbands zu übernehmen

Die Politik, welche immer wieder betont, wie wichtig die Stimme der Opfer ist, sollte ihren Worten Taten folgen lassen. Wir benötigen die konkrete Aussicht auf institutionelle Förderung. Ansonsten wird die Stimme der Opfer bedeutungsloser werden.“